



*Toolkit*

# Einführung in die Entwicklungsfinanzierung

Civil Society Financing  
for Development Group

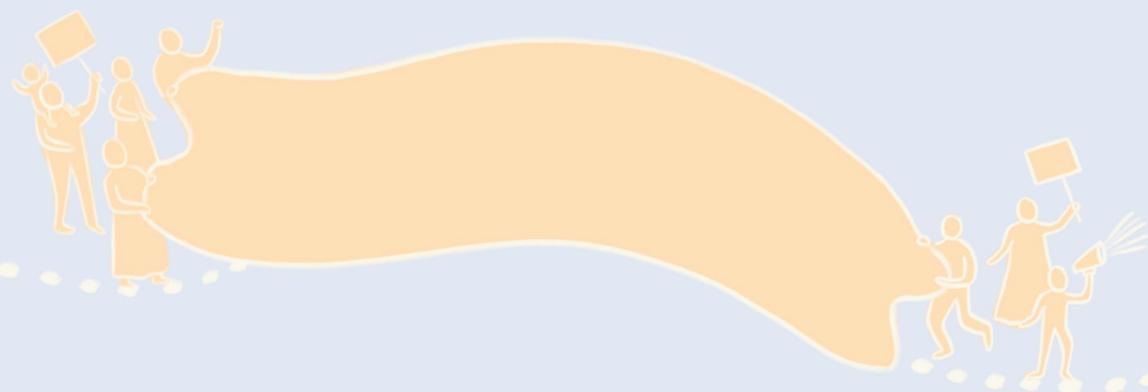


Dieses Dokument wurde auf Grundlage der gemeinsamen Arbeit der Civil Society FfD Group erstellt. Unser Dank gilt allen Mitgliedern und Mitstreiter\*innen, die uns bei der Zusammenstellung dieses Toolkits unterstützt haben.

Entwurf und Illustrationen von [Jessica Bromley Bartram](#)

Übersetzt von Elisabeth Freund Ducatez

Veröffentlicht im September 2021



# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Worum geht es in diesem Toolkit?</b> .....	<b>1</b>
Die Civil Society Financing for Development Group .....	2
<b>Für wen ist er gedacht?</b> .....	<b>2</b>
<b>Einführung</b> .....	<b>5</b>
Der Beitrag der Frauen zur globalen Wirtschaft und die Pflegekrise .....	5
Die globale Ungleichheitsfalle.....	7
<b>Entwicklungsfinanzierung: Geschichte und Agenda</b> .....	<b>9</b>
Addis-Abeba-Aktionsplan (AAAA) – Dritte FfD-Konferenz .....	11
Women’s Working Group and FfD.....	13
Finanzierung der Rechte und der sozialen Gerechtigkeit für Menschen mit Behinderungen.....	16
Jugend und FfD .....	16
<b>Aufruf zur nächsten FfD-Konferenz: Monterrey+20 #FFD4</b> .....	<b>17</b>
Übergeordnete Grundsätze .....	17
<i>Menschenrechte, Gleichstellung der Geschlechter, Wohlergehen,         soziale, ökonomische und ökologische Gerechtigkeit</i> .....	17
<i>Sozioökonomischer Wandel und ein gerechter, gleichberechtigter         Wandel für die Menschen und den Planeten</i> .....	18
<i>Demokratisierung der globalen Wirtschaftspolitik und integrative         Teilhabe auf allen Ebenen</i> .....	18
Aufrufe zum Handeln.....	19
<i>Verschuldung</i> .....	19
<i>Mobilisierung inländischer Ressourcen</i> .....	21
<i>Technologien</i> .....	22
<i>Weltweiter Handel</i> .....	23
<i>Systemische Fragen</i> .....	24
<i>Private Finanzierung</i> .....	25
<i>Internationale Entwicklungszusammenarbeit</i> .....	26
<b>Wie können Sie dazu beitragen?</b> .....	<b>27</b>
Politische Prozesse, Gremien und Anlaufstellen der Civil Society FfD.....	29
<b>Nächste Schritte</b> .....	<b>35</b>

## WORUM GEHT ES IN DIESEM TOOLKIT?

Es ist an der Zeit, dass Organisationen der Zivilgesellschaft (CSOs) und soziale Bewegungen aus der ganzen Welt sich zusammenschließen und mit Nachdruck eine systemische Veränderung der globalen Finanzarchitektur und der weltweiten Arbeitsteilung fordern, in deren Mittelpunkt ein gerechter, umweltfreundlicher und feministischer Aufschwung im Anschluss an die Corona-Krise steht. Dafür sind die Vereinten Nationen das richtige Forum. Sie sind die einzige internationale Organisation, bei der die Entwicklungsländer in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Herausforderungen ein gleichrangiges Mitspracherecht haben. Hier kommt der UN-Prozess zur Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development, FfD) ins Spiel – als Raum, in dem dringend notwendige systemische Veränderungen vorangetrieben werden können.

Der FfD-Prozess ist einzigartig, indem er der einzige wirklich demokratische Ort für globale Wirtschaftspolitik ist, an dem die Themen Klimawandel, Ungleichheiten und Menschenrechte im Mittelpunkt stehen. Diese Einführung über den FfD-Prozess und die Rolle der Civil Society FfD Group ist der erste Teil eines umfassenderen Toolkits, das derzeit erstellt wird, um den FfD-Prozess und die damit zusammenhängenden Bereiche für Nicht-Fachleute besser zugänglich zu machen.

Er führt Leser\*innen durch die Welt der UN-Entwicklungsfinanzierung und zeigt auf, wie der Entscheidungsfindungsprozess im Bereich der globalen Wirtschaftspolitik bei den Vereinten Nationen in der Lage ist, unser weltweites Wirtschaftssystem umzugestalten, um Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern zu verringern und die Wirtschaft in den Dienst der Menschen und des Planeten zu stellen.



## Die Civil Society Financing for Development Group

Zivilgesellschaft war von Anfang an in den FfD-Prozess involviert. Ihr Koordinierungsorgan ist die [Civil Society FfD Group](#), eine offene zivilgesellschaftliche Plattform, deren einziges Kriterium für die Mitgliedschaft die Vertretung einer gemeinnützigen Organisation der Zivilgesellschaft ist. Die Gruppe ist in ihrer jetzigen Form seit der FfD-Konferenz in Doha im Jahr 2008 engagiert, doch viele ihrer Mitglieder sind bereits seit der FfD-Konferenz in Monterrey im Jahr 2002 aktiv. Die Gruppe organisiert sich zentral über eine offene, Mailing-Liste mit mehreren Hundert Organisationen und Netzwerken aus verschiedenen Regionen und mit Unterstützer\*innen überall auf der Welt. Grundsätzlich stellt die Civil Society FfD Group sicher, dass Zivilgesellschaft mit einer Stimme sprechen kann. Zu ihren Aktivitäten gehören u. a. gemeinsame Advocacy- und Kampagnenarbeit, das Verfassen von Positionspapieren und gezielten Stellungnahmen, das Vorantreiben von CSO-Positionen und die Entsendung von Vertreter\*innen zu offiziellen Sitzungen, die gemeinsame Bewertung offizieller Papiere sowie Medienarbeit.

Um der Civil Society FfD Group beizutreten, füllen Sie bitte das Google-Formular unter folgendem Link aus: <https://csoforffd.org/join-the-cso-ffd-group/>

## FÜR WEN IST ER GEDACHT?

Dieses Toolkit richtet sich an Aktivist\*innen auf der ganzen Welt, die daran interessiert sind, sich für verschiedene sektorspezifische, lokale bzw. nationale Anliegen einzusetzen oder mehr darüber zu erfahren, wie die globale Wirtschaftspolitik mit diesen Problemen zusammenhängt – darunter feministische Bewegungen, Initiativen für Ernährungssouveränität und Landrechte, Klimaschützer\*innen, Jugend- und Studierendenbewegungen, Menschenrechtsverteidiger\*innen usw.



DIGITALE  
KLUFT

VERSCHULDUNG

STEUER-  
MISSBRAUCH

ROHSTOFF-  
ABHÄNGIGKEIT

# EINFÜHRUNG

*Der tägliche Kampf von Menschen weltweit – um Ernährung, Wohnraum, Gesundheitsfürsorge, Arbeit – ist eng mit den Regeln der Weltwirtschaft verknüpft. Zur Bekämpfung grundlegender Ungerechtigkeiten und Schieflagen sind dringend globale, systemische Lösungsansätze erforderlich.*

Die COVID-19-Pandemie und der Klimanotstand offenbaren die Unvereinbarkeit unserer derzeitigen Wirtschaftssysteme mit dem Schutz des Lebens selbst. Überall auf der Welt, vor allem in Ländern des globalen Südens, haben Menschen mit eingeschränktem Zugang zu medizinischer Versorgung und Impfstoffen, dem Verlust des Arbeitsplatzes, unbezahlter Pflegearbeit und wachsender Schuldenlast zu kämpfen. Gleichzeitig horten die Länder des globalen Nordens Impfstoffe, Konzerne machen mit der Pandemie riesige Gewinne und Superreiche steigern ihr Vermögen. Die Ungerechtigkeiten des globalen Wirtschaftssystems treten deutlicher denn je zutage.

Frauen sind unverhältnismäßig stark von der Pandemie betroffen, da sie im ungeschützten, prekären und oft vernachlässigten informellen Sektor, aber auch in den am stärksten betroffenen Branchen wie Gesundheits- und Pflegewirtschaft überrepräsentiert sind. Durch Lockdown-Maßnahmen und Ausgangssperren sind Frauen verstärkt geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Zusätzlich hat die unbezahlte Haus- und Pflegearbeit erneut zugenommen und den ohnehin schon enormen Beitrag der Frauen zur Weltwirtschaft weiter erhöht. Dadurch wurden die patriarchalen Normen in vielen Gesellschaften gestärkt.

## Der Beitrag der Frauen zur globalen Wirtschaft und die Pflegekrise

Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern leisten Frauen mit unbezahlter Haus- und Pflegearbeit einen Beitrag zur Weltwirtschaft. Weltweit hätten Frauen im Jahr 2019 schätzungsweise [10,9 Billionen Dollar](#) verdient, wenn sie für ihre unbezahlte Arbeit im Haushalt und bei der Pflege von Angehörigen einen Mindestlohn erhalten hätten. Dies wurde während der COVID-19-Pandemie durch den unverhältnismäßig hohen Frauenanteil in der Krankenpflege und in den wichtigsten Dienstleistungsbereichen wie Gesundheitswesen und Landwirtschaft verdeutlicht. Die Bewältigung der Corona-Krise bedeutete einen Rückschritt in Bezug auf die Menschenrechte der Frauen und verschlimmerte ihre prekäre Lage weiter, besonders in Fällen intersektionaler Diskriminierung.



Die Pandemie hat aber auch wechselseitige Abhängigkeiten Blickfeld gerückt und deutlich gemacht, dass einzelstaatliche Maßnahmen nicht ausreichen, um die gesundheitliche Notlage zu überwinden, insbesondere wenn die Reaktionsfähigkeit der Entwicklungsländer durch einen Teufelskreis der Verschuldung eingeschränkt ist. Daten aus der Zeit vor der Pandemie zeigen, dass jedes achte Land mehr für die Rückzahlung seiner Schulden ausgibt als für Bildung, Gesundheit und Soziale Sicherheit zusammen. In mindestens 62 Ländern war der Schuldendienst [Auslandsverschuldung](#) im Jahr 2020 höher als die Gesundheitsausgaben. Und dieser besorgniserregende Trend wird voraussichtlich 154 Länder im Jahr 2021 zu [Sparmaßnahmen](#) zwingen, was wiederum im Jahr 2022 voraussichtlich 6,6 Milliarden Menschen bzw. 85 % der Weltbevölkerung betreffen wird.

Während die Industrieländer als Reaktion auf die Auswirkungen einer Pandemie Milliarden zur Ankurbelung ihrer Wirtschaft bereitstellen können, gilt die Versorgung der Entwicklungsländer mit Impfstoffen als eine Frage der privaten Mildtätigkeit, nicht von globaler Politik. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation hatten Länder mit hohem Einkommen bis Mitte April 2021 über 87 % von insgesamt mehr als 700 Millionen Impfdosen erhalten. Arme und ärmste Länder dagegen nur 0,2 %. Dadurch entstand eine Situation, die heute als [Impfstoff-Apartheid](#) bezeichnet wird.

Trotz Versprechungen internationaler Solidarität und der Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklungspolitik („Building Back Better“), die in den politischen Dialog auf allen Ebenen Eingang gefunden hat, bleibt der Ehrgeiz bei der globalen Entscheidungsfindung und der internationalen Zusammenarbeit weit hinter den radikalen Veränderungen zurück, die erforderlich sind, um jene Systeme umzugestalten, die dieser Anfälligkeit zugrunde liegen. Wir sehen nach wie vor einen Widerspruch zwischen der Agenda 2030, die auf die nationale Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) drängt, und dem erforderlichen politischen und steuerlichen Spielraum für staatliche Investitionen in wesentliche öffentliche Dienstleistungen, der durch eine Reihe von allgemein bekannten, globalen Problemen eingeschränkt wird – Steuermisbrauch, illegale Finanzströme, unrechtmäßige und nicht tragfähige Schulden, Rohstoffabhängigkeit, Technologiemonopole, Regelungen für geistige Eigentumsrechte usw.

Angeichts der erschreckenden Ungleichheiten und Benachteiligungen gewinnen die Forderungen sozialer Bewegungen nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit (insbesondere bei Steuern, Schulden und Handel) weltweit an Stärke und bekämpfen Maßnahmen, die den Status quo der vor der Pandemie herrschenden Sparmaßnahmen und Ungleichheiten aufrechterhalten. Proteste in [Kolumbien](#) gegen eine geplante Steuerreform, die Reiche begünstigen und die Arbeitnehmer\*innen stärker belasten sollte, führten dazu, dass die Regierung ihren Vorschlag zurücknahm und der Finanzminister zurücktrat. Öffentlicher Druck veranlasste auch die Regierungen in [Bolivien](#) und [Argentinien](#), die Superreichen zu besteuern, um Wohlstand umzuverteilen und unmittelbare Krisenmaßnahmen zu finanzieren. Das Maßnahme machte sich schnell bezahlt und erwies sich als unmittelbar wirksam. Auch Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik in aller Welt setzen sich für einen Wandel der die Ungleichheit fördernden Handelspolitik ein. Der Vorschlag einer vorübergehenden, begrenzten Freigabe von geistigen Eigentumsrechten für lebensrettendes Wissen – der sog. TRIPS-Waiver – soll die globale Eindämmung und Behandlung von COVID-19 erleichtern. Der Vorschlag findet breite Unterstützung, wird aber weiterhin von einer Reihe von Industrieländern blockiert.



## Die globale Ungleichheitsfalle

Die derzeitigen Regeln unserer Weltwirtschaft verstärken einen Teufelskreis der sozialen Ungleichheit: Das export- und wachstumsorientierte, privatwirtschaftlich geprägte Entwicklungsmodell in vielen Ländern des globalen Südens beruht auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte und natürlicher Ressourcen durch Konzerne aus dem globalen Norden. Zusätzlich nutzen multinationale Konzerne und Investoren Schlupflöcher und Steueroasen, um zu noch mehr Reichtum zu gelangen und Steuern zu vermeiden. Wachsende wirtschaftliche Ungleichheit und Vermögenskonzentration vergrößern in der Folge politische Ungleichheiten, da sie Unternehmen und Finanzverantwortlichen mehr Möglichkeiten geben, [Lobbyarbeit bei politischen Entscheidungsträger\\*innen](#) zu betreiben, um ihren Reichtum und ihre Gewinnchancen zu schützen. Ungleichheiten werden auch an zukünftige Generationen weitergegeben, was zu langfristigen Disparitäten – nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in Bezug auf Geschlecht, Klima und Umwelt – führt, von denen besonders bereits marginalisierte Bevölkerungsgruppen betroffen sind.

Durch diese starke Zunahme der Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern ist die Frage der globalen Gerechtigkeit endlich in den Mittelpunkt der internationalen Entwicklungsdebatte gerückt. In der Agenda 2030 wurde die Bekämpfung der vielfältigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ungleichheiten als eines der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) anerkannt und damit ein Engagement der internationalen Gemeinschaft für den Abbau der weltweiten Ungleichheiten signalisiert. Der FfD-Prozess ist ein wichtiger Raum, um politische Entscheidungen voranzutreiben, die auf diesen dringenden globalen Systemwandel hinarbeiten.

# ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG: GESCHICHTE UND AGENDA

*FfD ist weder ein Zusage- noch ein Mittelbeschaffungsprozess zur Finanzierung der Umsetzung von Zielen nachhaltiger Entwicklung. Sie soll den politischen und steuerlichen Spielraum für Entwicklungsländer schaffen, um ihre Entwicklung auf nachhaltige Weise zu finanzieren. In den nächsten Abschnitten versuchen wir aufzuschlüsseln, was das bedeutet und wie wir dorthin gelangen.*

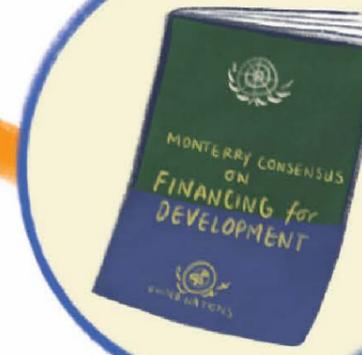
FfD ist ursprünglich aus der aktiven Unzufriedenheit der Entwicklungsländer mit den systemischen Mängeln der internationalen Finanzarchitektur entstanden. Die erste internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung fand 2002 in Monterrey (Mexiko) statt und verabschiedete den sog. Konsens von Monterrey als Reaktion auf die Asienkrise der 90er. Die Konferenz war ein Versuch, die Stimme der Vereinten Nationen im globalen Wirtschafts- und Finanzsystem zu stärken. Obwohl die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu den Aufgaben der Vereinten Nationen gehört, wurde sie durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank systematisch an den Rand gedrängt. Es überrascht nicht, dass angesichts des wachsenden Einflusses der Entwicklungsländer im Rahmen des UN-Systems „ein Land – eine Stimme“ die Frage der Demokratisierung der globalen Wirtschaftspolitik weiterhin im Mittelpunkt des FfD-Prozesses steht. Andererseits ziehen es die wohlhabenden Länder vor, die internationale wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung über Institutionen wie den IWF und die Weltbank zu steuern, wo sie über einen größeren Stimmenanteil verfügen, oder über die OECD, deren ausschließliche Mitglieder sie sind.

Obwohl der FfD-Prozess ein Tätigkeitsfeld der UN ist, schließt sein Review-Prozess internationale Finanzinstitutionen (IFI) wie die Weltbank und den IWF ein. Diese sind zwar formell Teil des UN-Systems, entziehen sich jedoch systematisch einer angemessenen Reaktionsbereitschaft und Rechenschaftspflicht gegenüber den normativen Vorgaben der UN-Generalversammlung, indem sie ein auf ihre Anteilseigner zentriertes Governance-System eingerichtet haben. Dazu gehört auch die Welthandelsorganisation (WTO), die mit der UN zusammenarbeitet, aber nicht Teil des UN-Systems ist. Aus diesem Grund handelt es sich bei den FfD-Konferenzen um „internationale“ und nicht um „UN“-Konferenzen zur Entwicklungsfinanzierung. Darüber hinaus werden auch Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft als Stakeholder anerkannt, was den FfD-Prozess zu einem einzigartigen, integrativen Rahmen für die Erörterung des globalen Wirtschaftssystems in seiner systemischen Gesamtdimension macht.

Seit dem Konsens von Monterrey fanden zwei weitere internationale FfD-Konferenzen statt: 2008 in Doha (Katar) und 2015 in Addis Abeba (Äthiopien), wo die Aktionsagenda von Addis Abeba (AAAA) verabschiedet wurde.

Ziel des FfD-Prozesses ist es, zu kohärenten, rechtebasierten thematischen Ansätzen, Normen und Empfehlungen zur globalen Wirtschaftspolitik beizutragen und damit verbundene systemische und historische Ungleichheiten aufzudecken. Er ist daher in Themenbereiche gegliedert, um eine Reihe von Entwicklungsfinanzierungsquellen ganzheitlich zu behandeln: Mobilisierung inländischer Ressourcen, inländische und internationale Wirtschaft und Finanzen, internationaler Handel, internationale Entwicklungszusammenarbeit und öffentliche Entwicklungshilfe, Verschuldung, Technologie und systemische Fragen.

2002



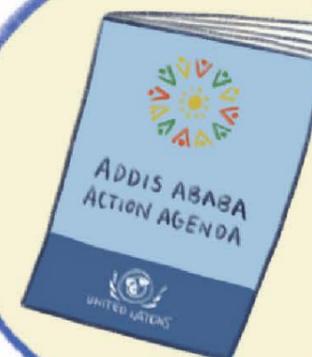
Monterrey, Mexiko  
Konsens von Monterrey

2008



Doha, Katar  
Erklärung von Doha

2015



Addis Abeba, Äthiopien  
Aktionsagenda von Addis Abeba  
(AAAA)



Internationaler Gipfel zum  
wirtschaftlichen Wiederaufbau  
und zu einer Systemreform



## Aktionsagenda von Addis Abeba (AAAA) – Dritte FfD-Konferenz

*Eine verpasste Gelegenheit, den Abfluss von Ressourcen aus dem globalen Süden zu stoppen*

Die zweite FfD-Konferenz mit der Erklärung von Doha fanden vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise 2007-2008 statt, die ihren Ursprung im globalen Norden nahm. Wie die internationale Organisation South Centre feststellte, verlagerte sich der Nettoinvestitionsfluss seit zwei Jahrzehnten von den Entwicklungsländern in die Industrieländer. Mit anderen Worten: Das internationale Finanzsystem machte die Mobilisierung von Ressourcen für die Entwicklung im globalen Süden nicht möglich. Anstatt sich mit den wirtschaftlichen Strukturen zu befassen, die diesem Abfluss von Ressourcen aus den Entwicklungsländern zugrunde liegen, wurde auf der dritten FfD-Konferenz die Notwendigkeit der Überbrückung von Finanzierungslücken für SDGs überbetont. Die Verhandlungen waren schwierig, da die Industrieländer dafür plädierten, die AAAA auf Mittel zur Umsetzung der SDGs zu reduzieren, während die Entwicklungsländer sich dafür aussprachen, die FfD-Agenda als eigenständigen und ergänzenden, aber von den SDGs getrennten Prozess zu erhalten.

Als Kompromiss einigte man sich letztendlich darauf, dass eines der eigenständigen Ziele der AAAA (und nicht des FfD-Prozesses) darin besteht, die Mittel zur Umsetzung der Agenda 2030 zu unterstützen, zu ergänzen und in den richtigen Kontext zu stellen. Das eigentliche Ziel von FfD geht jedoch über die Umsetzung der SDGs hinaus. Der FfD-Prozess war darauf ausgelegt, den politischen Spielraum für die Entwicklungsländer zu schaffen, um ihre Entwicklung auf nachhaltige Weise zu finanzieren. Dies erfordert die Beseitigung der systemischen und strukturellen Hemmnisse des Wandels und die Neugestaltung der globalen Wirtschaftspolitik, um einen tatsächlich demokratischen Multilateralismus zu fördern.



## Gleichstellung der Geschlechter und FfD

Die Gleichstellung der Geschlechter und die Frauenrechte zählen zu den übergreifenden Themen, die sich durch alle thematischen Schwerpunkte der FfD-Agenda ziehen. Die FfD greift bspw. die Rolle der Pflegewirtschaft als „Stoßdämpfer“ und öffentlicher Leistungserbringer zum Ausgleich unterfinanzierter und unzureichender öffentlicher Gesundheits- und Sozialschutzsysteme auf insbesondere in Entwicklungsländern, aufgreifen. Die Corona-Pandemie hat die düstere Realität dieses Mangels an öffentlichen Investitionen in die öffentliche Pflegeinfrastruktur aufgezeigt. Diese gehen häufig auf ein ideologisches Misstrauen gegenüber staatlichem Handeln, Austeritätsmaßnahmen und Privatisierungen zurück. Im Folgenden sind einige der Frauenbewegungen und Frauenrechtsbündnisse aufgeführt, die an den Schnittstellen zwischen Geschlechtergerechtigkeit und wirtschaftlicher Gleichstellung arbeiten und zur Lobbyarbeit der Civil Society FfD Group beitragen:

### Women's Working Group on FfD

Die Women's Working Group on Financing for Development, [WWG on FfD](#), ein Mitglied der Civil Society FfD Group, wurde im Oktober 2007 als Bündnis von Frauenorganisationen und -netzwerken gegründet, um sich für die Gleichstellung der Geschlechter, die Stärkung der Rolle der Frau und der Menschenrechte im Rahmen der UN-Prozesse zur Entwicklungsfinanzierung einzusetzen.

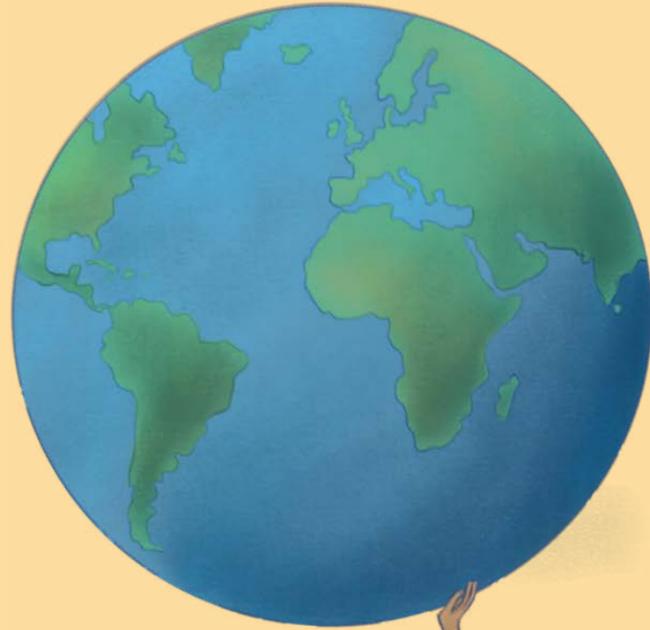
### Gender and Trade Coalition

Die [Gender and Trade Coalition](#) wurde von feministischen und progressiven Aktivist\*innen ins Leben gerufen, um eine feministische Handelsanalyse vorzulegen, die sich mit den geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Handels- und Investitionsabkommen befasst, und sich für eine gleichberechtigte Handelspolitik einzusetzen. Die Koalition engagiert sich für die aktive Gestaltung einer Agenda für Handelsgerechtigkeit, indem sie das Bewusstsein schärft, Kapazitäten erhöht, die Forschung intensiviert und für politische Alternativen zur Förderung einer gerechteren, nachhaltigeren Welt eintritt. Sie wendet sich gegen die neoliberale Vereinnahmung der Frauenrechte als Mittel zur Erschließung von Märkten und zur Ausweitung eines ungerechten Handelssystems, das generell den globalen Süden, aber auch Arbeitskräfte und unterdrückte Gemeinschaften überall weltweit ausbeutet.



### Tax and Gender Working Group

Die Tax and Gender Working Group zielt darauf ab, die weltweite Zusammenarbeit von Organisationen für Steuer- und Geschlechtergerechtigkeit zu stärken und die Beteiligung an der Arbeit der Global Alliance for Tax Justice (GATJ) zu fördern. Dabei arbeitet sie eng mit den regionalen Netzwerken der GATJ, Frauenrechtsorganisationen, weltweiten Gewerkschaften, internationalen NGOs und CSOs zusammen. Im März 2021 starteten die GATJ, ihre regionalen Netzwerke und die Mitglieder der Tax and Gender Working Group die Kampagne [#MakeTaxesWorkForWomen](#) mit der Forderung, die mehrdimensionale COVID-19-Krise zu überwinden und Steuern tatsächlich in den Dienst von Frauen zu stellen. Die Initiative wurde während der Global Days of Action on Tax Justice for Women's Rights ins Leben gerufen.



## Finanzierung der Rechte von Menschen mit Behinderungen

Die Stakeholder Group of Persons with Disabilities, ein Mitglied der Civil Society FfD Group, vertritt die Auffassung, dass die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in die Entwicklungsfinanzierung für die Bereitstellung von Ressourcen zur Inklusion von entscheidender Bedeutung ist. Sie veröffentlichte ein [Briefing](#) mit dem Titel „Financing rights and social justice for persons with disabilities in the era of COVID-19 and beyond“, demzufolge Menschen mit Behinderungen besonders stark von der weltweiten Pandemie betroffen sind. Hier werden einige wichtige Überlegungen darüber angestellt, wie sichergestellt werden kann, dass die internationalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise auch weiterhin dazu beitragen, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit für Menschen mit Behinderungen in all ihrer Vielfalt zu gewährleisten, insbesondere im globalen Süden.

## Jugend und FfD

Die [UN Major Group for Children and Youth](#) (UNMGCY) ist ein von der Generalversammlung beauftragter, formeller, selbstorganisierter Mechanismus zur Beteiligung der Jugend an bestimmten zwischenstaatlichen Prozessen für nachhaltige Entwicklung. Sie ist auch ein aktives Mitglied der Civil Society FfD Group.

Die Jugendarbeitsgruppe der Civil Society FfD Group [erklärt](#), dass junge Menschen – und nicht nur sie – mehr als nur eine Triebfeder des Wirtschaftswachstums sind, das sich über planetarische Grenzen hinwegsetzt. Sie sollten als Partner der Entwicklung und gleichberechtigte Weltbürger angesehen werden. Um das zu erreichen, benötigen sie existenzsichernde Löhne, sichere Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und sozialen Basisschutz sowie erschwingliche, hochwertige Bildung auf allen Ebenen (Bildung ist ein Recht und keine Ware). Die UNMGCY argumentiert, dass es für die Wirksamkeit dieses Maßnahmenpakets nicht ausreicht, sich lediglich auf die nationale Ebene zu konzentrieren. Von entscheidender Bedeutung ist es, die globalen systemischen Probleme im FfD-Prozess anzugehen. Sie bezeichnet die Entscheidungsfindung nach dem Prinzip „Ein-Dollar-eine-Stimme“ als das „größte Hindernis für die Verwirklichung der Agenda 2030“. Ihre Erklärung auf dem Ministerdialog des FfD-Forums 2019 kann hier abgerufen werden: <https://csoforffd.org/2019/04/15/intervention-of-alicia-tauro-mgcy-to-ffd-forum/>

# AUFRUF ZUR NÄCHSTEN FFD-KONFERENZ: MONTERREY+20 #FFD4

Auf dem Weg zu einer neuen globalen Wirtschaftsarchitektur, die den Menschen und dem Planeten zugute kommt

Vor dem Hintergrund der durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten globalen Krisen setzt sich die Civil Society FfD Group für eine vierte FfD-Konferenz (FfD4) in Form eines internationalen Gipfeltreffens zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Systemreform unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein, um tiefgreifende Veränderungen für eine neue Weltwirtschaft zu diskutieren. Obwohl weiterhin Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen der digitalen Kluft auf den Online-Multilateralismus sowie auf der Impfstoff-Apartheid geäußert werden, ist es wichtig, demnächst ein vorläufiges Datum und einen klaren Vorbereitungsprozess für die nächste FfD-Konferenz zu vereinbaren und mit dieser FfD4 im Sinne der nachstehenden gemeinsamen Grundsätze und Handlungsaufforderungen ehrgeizige Ziele zu verfolgen:



## ÜBERGEORDNETE GRUNDSÄTZE

### **Menschenrechte, Gleichstellung der Geschlechter, Wohlergehen, soziale, ökonomische und ökologische Gerechtigkeit**

Der Gipfel soll die Wechselbeziehung und die progressive Umsetzung der Menschenrechte für Alle in einer gesunden Umwelt fördern; der Zugang zu globalen Gemeinschaftsgütern muss unter Achtung der planetarischen Grenzen erfolgen. Strukturelle Ungleichheiten und umweltzerstörerisches Verhalten sind keine natürlichen, sondern politische Entscheidungen. Das langfristige Wohlergehen des Planeten und der Menschen hängt weiterhin von systemischen Veränderungen hin zu sozial-ökologischer und finanzieller Gerechtigkeit ab: von der Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren, wie die globale Wirtschaft und die weltweite bzw. geschlechtliche Arbeitsteilung strukturiert sind.



### **Sozioökonomischer Wandel und ein gerechter, gleichberechtigter Wandel für die Menschen und den Planeten**

Der Gipfel soll den notwendigen steuerlichen, rechtlichen und politischen Rahmen schaffen, um einen dekolonialen, feministischen und gerechten Übergang für die Menschen und den Planeten zu gewährleisten. Das bedeutet, eine Neuausrichtung der Weltwirtschaft mit einer dynamischeren, inklusiven und lokalen bzw. nationalen Kreislaufwirtschaft zu fördern, sich für menschenwürdige Arbeit und verantwortungsvolle Geschäftsführung einzusetzen, die ökologische Resilienz zu stärken, den Ressourcenverbrauch zu verringern, die biologische Vielfalt wiederherzustellen und eine extraktive, diskriminierende, militärische, rassistische und androzentrische Wirtschaftsethik zu überwinden, die die ökologische Grundlage unseres kollektiven Wohlergehens aushöhlt.

### **Demokratisierung der globalen Wirtschaftspolitik und integrative Teilhabe auf allen Ebenen**

Das Gipfeltreffen soll die Demokratisierung der globalen Wirtschaftspolitik sicherstellen und das Recht aller Länder anerkennen, an den Entscheidungsprozessen teilzunehmen, und nicht nur derjenigen, die über die größte Macht oder die meisten Ressourcen verfügen. Eine neue, globale Ordnungspolitik soll die nationale wirtschaftliche Souveränität und die gemeinsame, jedoch differenzierte Verantwortung für globale Gemeinschaftsgüter stärken. Auf jeder Ebene der Entscheidungsfindung sollte eine sinnvolle Beteiligung der Rechteinhaber\*innen gefördert und gewährleistet werden.



## VERSCHULDUNG

Die Corona-Pandemie, die verschärfte wirtschaftliche Rezession und der Klimanotstand haben die Dringlichkeit eines Schuldenerlasses und der Auseinandersetzung mit nicht tragfähigen und unrechtmäßigen Schulden stark erhöht. Doch die tiefen Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern, die durch die Pandemie und die Klimakatastrophe noch deutlicher zutage treten, sind keineswegs neu. Im Namen der Markteffizienz haben die jahrzehntelange Deregulierung des Finanzsektors, Steuersenkungen für Unternehmen, Privatisierungen und Investitionsmangel in wichtige öffentliche Dienstleistungen und in soziale Sicherungssysteme systematisch zu Sparmaßnahmen geführt und die Fähigkeit der Staaten geschwächt, mit aktuellen Krisen umzugehen. Diese Prozesse führten auch zu einer Abhängigkeit von der Kreditaufnahme (sowohl der Staaten als auch ihrer Bürger) bzw. der Nutzung privater Finanzmittel, um die grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Viele Entwicklungsländer waren bereits vor der Pandemie und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise in einem Kreislauf der Verschuldung gegenüber multilateralen Geldgebern (internationale Finanzinstitutionen wie Weltbank und IWF), bilateralen Quellen (andere Regierungen) und privaten Gläubigern (Privatbanken, private Anleihegläubiger und andere private Finanzinstitutionen) gefangen. Die massiven Schulden im globalen Süden sind das Produkt eines internationalen Finanzsystems, das gezielt darauf ausgelegt ist, die [neokoloniale](#) Ausbeutung zu ermöglichen. Der vielleicht schwierigste Aspekt weltweiter Wirtschaftsgerechtigkeit ist die Erarbeitung multilateraler Lösungen und Abhilfemaßnahmen für das globale Finanzwesen. Dabei ist die aktuelle und historische Schuldenkrise ein zentrales Thema. Im Rahmen des FfD-Prozesses wurde in der Vergangenheit die Notwendigkeit klarer Grundsätze zur Bewältigung von Finanzkrisen anerkannt, die eine faire Lastenteilung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sowie zwischen Schuldnern, Gläubigern und Anlegern vorsehen.

Trotz der unbestreitbaren Dringlichkeit der gegenwärtigen globalen Notlage haben die von den Industrieländern geführten wirtschaftspolitischen Institutionen wie die G20 und die internationalen Finanzinstitutionen bisher nur unzureichend auf die Schuldenkrise reagiert.

### Die Vorschläge der Civil Society FfD Group lauten:

#### ► Reformagenda der [Schuldenarchitektur](#) für echten Wandel und echte Lösungen

- Als Zivilgesellschaft fordern wir die Regierungen auf, einen Mechanismus zur Schuldenbereinigung einzurichten, d. h. einen transparenten, verbindlichen und multilateralen Rahmen für die Lösung von Schuldenkrisen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, der sich mit nicht tragbaren und unrechtmäßigen Schulden befasst und eine systematische, rechtzeitige und faire Umstrukturierung der Staatsschulden, auch einen Schuldenerlass, unter Einbindung aller Gläubiger vorsieht.



#### ► Ein solcher verbindlicher, multilateraler Rahmen sollte dringend in Angriff genommen werden:

- **Unterstützung und Gewährleistung eines sofortigen Schuldenerlasses für Covid-19 Schulden:** Eine mit den SDGs und den Menschenrechten vereinbare Schuldentragfähigkeit kann durch einen ehrgeizigen Prozess der Umschuldung erreicht werden, zu dem auch ein umfassender Schuldenerlass zählt. Der Schuldenerlass muss allen bedürftigen Ländern gewährt werden, also sowohl Ländern mit niedrigem als auch mit mittlerem Einkommen unter Berücksichtigung ihres Entwicklungsfinanzierungsbedarfs, und von allen Gläubigern (bilateral, multilateral und privat) mitgetragen werden.
- **Schaffung eines globalen Konsenses über die Grundsätze einer verantwortungsvollen Kreditaufnahme und -vergabe:** Die seit langem anhängige Frage der Vereinbarung gemeinsamer und verbindlicher Grundsätze für eine verantwortungsvolle Kreditaufnahme und -vergabe und ihre Einhaltung. Damit sollen Lücken in der Transparenz geschlossen und Fortschritte bei der Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Registers für Darlehens- und Schuldendaten erzielt sowie die Organisation von Schuldenprüfungen erleichtert werden.
- **Einsatz von Impact Assessments im Hinblick auf Menschenrechte und Entwicklung** bei der Analyse der Tragfähigkeit der Staatsverschuldung, um neben rein wirtschaftlichen Erwägungen auch die Auswirkungen der Schuldenlast eines Landes auf seine Fähigkeit zu berücksichtigen, Entwicklungsziele (einschließlich SDGs, Klimaziele, Menschenrechts- und Gleichstellungsverpflichtungen) zu erreichen und die Voraussetzungen für die Verwirklichung aller universellen Menschenrechte zu schaffen.
- **Bewertung systemischer Risiken, die von nicht oder nur unzureichend regulierten Instrumenten und Akteuren des Finanzsektors ausgehen:** Dazu zählen die Regulierung und Beaufsichtigung der Asset-Management-Branche (Schattenbankwesen) und der Rating-Agenturen sowie ein neuer, weltweiter Konsens über die entscheidende Bedeutung der Kapitalbilanzverwaltung über die Voraussetzungen vor und nach der Krise hinaus, sei es bei Mittelzu- oder -abflüssen. Die ausführliche Stellungnahme der Civil Society FfD Group an den unabhängigen Sachverständigen der Vereinten Nationen für extreme Armut und Menschenrechte zur Rolle der Rating-Agenturen kann [hier](#) abgerufen werden.

## MOBILISIERUNG INLÄNDISCHER RESSOURCEN

Die derzeitigen, mangelhaften internationalen Steuersysteme ermöglichen es Unternehmen, Steuern zu hinterziehen, Einkommen in Steueroasen zu verschieben und illegitime Finanzströme zu erleichtern. Jedes Jahr gehen den Entwicklungsländern dadurch öffentliche Einnahmen in Milliardenhöhe verloren. Aus diesem Grund sind die Regierungen nicht in der Lage, öffentliche Dienstleistungen, soziale Absicherung und Infrastrukturen zu finanzieren, um Ungleichheiten zu beseitigen. Dies verschlimmert die Armut und trifft vor allem Randgruppen. Alle Mittel, die an Steueroasen verloren gehen, hätten in öffentliche Krankenhäuser, Schulen, Verkehrsmittel, sauberes Wasser und sanitäre Anlagen sowie in Einrichtungen oder Programme investiert werden können, die eine Gleichstellung der Geschlechter, Herkunft und Generationen fördern. Die Pandemie macht dies noch dringlicher.

Wenn die Mängel des internationalen Steuersystems nicht unverzüglich behoben werden, verlieren Länder auf der ganzen Welt weiterhin Milliarden an öffentlichen Geldern aufgrund von Steuermisbrauch durch multinationale Konzerne und ihre professionellen Wegbereiter (Anwaltskanzleien, Banken und Buchprüfer\*innen) sowie durch illegale Finanzströme. Die derzeitige Situation trägt dazu bei, die öffentliche Einnahmehöhe der Entwicklungsländer auszuhöhlen, die ohnehin schon untragbare Verschuldung weiter hochzutreiben und somit die Reaktionsfähigkeit der Regierungen auf Krisen zu untergraben. Strukturelle Änderungen des internationalen Steuersystems sind außerdem wichtig, um die Abhängigkeit der Länder von Verbrauchssteuern zu überwinden, die Frauen in ungerechter Weise belasten.

### Um diese Versäumnisse in einem demokratischen Umfeld zu beheben, fordert die Civil Society FfD Group:

#### ▶ Die Einrichtung einer zwischenstaatlichen UN-Steuerkommission und einer UN-Steuerkonvention

- Es ist an der Zeit, einen wirklich universellen, zwischenstaatlichen Prozess im Rahmen der Vereinten Nationen zu etablieren, um Steueroasen, Steuermisbrauch durch multinationale Unternehmen und andere illegitime Finanzströme umfassend zu bekämpfen, da diese Umverteilung behindern und Ressourcen erschöpfen, die für die Bekämpfung von Ungleichheiten, insbesondere zwischen den Geschlechtern, von entscheidender Bedeutung sind.
- Die Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Handel sollte als Unterstützung der international vereinbarten Rahmenbedingungen für den Schutz der Menschenrechte gesehen werden, denn ohne Besteuerung können nicht alle verfügbaren Einnahmen mobilisiert werden. Steuermisbrauch und Steuervermeidung müssen auch im Rahmen der extraterritorialen Verpflichtung der Staaten einander gegenüber berücksichtigt werden, die Verwirklichung der Menschenrechte nicht dadurch zu beeinträchtigen, dass sie Finanzierungen durch missbräuchliche Steuergesetze und -verordnungen blockieren und Unternehmen und wohlhabenden Einzelpersonen einen Steuermisbrauch ermöglichen.

## TECHNOLOGIEN

Die Tech-Giganten legten während der Pandemie ein opportunistisches Verhalten an den Tag, konsolidierten ihre Marktdominanz, stellten sich selbst in den Mittelpunkt von Handel und Logistik und gingen schnell dazu über, öffentliche Maßnahmen bei der Bereitstellung wichtiger sozialer Dienste zu verdrängen. Regierungen nutzten die Corona-Pandemie als Mittel zur Ausweitung ihrer autoritären Macht und ergriffen zunehmend Maßnahmen zur Verfolgung und Überwachung der Bevölkerung – Maßnahmen, die ohne entsprechende Sicherheitsvorkehrungen und Befristungsklauseln leicht in die Gouvernamentalität der Staatsführung eingewoben werden können und den Raum für Meinungsverschiedenheiten einschränken.

Die weltweite Pandemie hat auch das Ausmaß der digitalen Kluft aufgezeigt und weiter verschärft – die bestehende und sich weiter vergrößernde Kluft beim Zugang zu digitalen Technologien und Infrastrukturen zwischen Nord und Süd, zwischen Männern und Frauen überall auf der Welt und zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden innerhalb der Länder.

### Als Antwort darauf fordert die Civil Society FfD Group:

#### ▶ Die Einführung eines globalen Technologiebewertungsmechanismus bei der UN

- Während sich die Vereinten Nationen, Regierungen und Institutionen mit der Steuerung digitaler Technologien auseinandersetzen, besteht dringender Bedarf an breit angelegten, transparenten, inklusiven, zugänglichen und partizipativen Beratungen über die aktuellen und potenziellen Auswirkungen dieser Technologien auf die Umwelt, den Arbeitsmarkt, die Lebensgrundlagen und die Gesellschaft.
- Die Kapazitäten für eine systematische Vorausschau und Zukunftsforschung müssen ausgebaut werden und sollten die Ermittlung von Möglichkeiten umfassen, die über technologische Lösungen hinausgehen. Bei Steuerungsmaßnahmen im Technologiebereich geht es nicht nur um Regulierung, sondern auch darum sicherzustellen, dass das Gemeinwohl das oberste Ziel bleibt und Vorrang vor dem Gewinnstreben hat.





## WELTWEITER HANDEL

Die Regeln des Welthandels haben im Laufe der Zeit zu erheblichen Einschränkungen der weltweiten Produktionskapazitäten und der Verteilung des Angebots, insbesondere in den Entwicklungsländern, geführt, da sie den Technologietransfer durch die Regelungen zum Schutz des geistigen Eigentums einschränken und Subventionen sowie den politischen Spielraum für sektorale Maßnahmen begrenzen. Obwohl das Welthandelssystem scheinbar den freien Handel fördert, hat es in Wirklichkeit dafür gesorgt, dass die Produktion, z. B. von wichtigen medizinischen Gütern, auf einige wenige Länder konzentriert bleibt. Die Corona-Krise veranlasst uns, das multilaterale Handelssystem, regionale Handels- und Investitionsabkommen und die Handelspolitik im Hinblick auf einen integrativen und nachhaltigen Aufschwung zu überprüfen.

### Die Civil Society FfD Group fordert die Mitgliedsstaaten zu folgenden Maßnahmen auf:

- ▶ Bewertung der Entwicklungseffekte des derzeitigen Handels- und Investitionsrahmens
- Um sicherzustellen, dass die Entwicklungsländer in ihrer Handels- und Investitionspolitik ein Höchstmaß an Flexibilität behalten, sollten keine verbindlichen Handels- und Investitionsabkommen ausgehandelt oder unterzeichnet werden, auch nicht im Rahmen der WTO.
- Vereinbarung eines Moratoriums für Investoren-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS) und der Nichtumsetzung oder Verletzung bestehender Handels- und Investitionsverpflichtungen, darunter der geistigen Eigentumsrechte im Rahmen des TRIPS- und TRIPS-Plus-Abkommens für die Zeit der Pandemie, sofern diese in Konflikt mit politischen (inkl. wirtschaftlichen und gesundheitspolitischen) Zielen stehen.
- Gewährleistung eines internationalen, rechtsverbindlichen Instrumentes, um die Aktivitäten transnationaler Unternehmen im Rahmen der internationalen Menschenrechtsbestimmungen zu regeln und diese für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen. Dabei sollen die laufenden Verhandlungen für einen verbindlichen UN-Vertrag für Wirtschaft und Menschenrechte im Rahmen der „Offenen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zur Frage der transnationalen Unternehmen und anderen Wirtschaftsunternehmen und der Menschenrechte“ unterstützt werden.

## SYSTEMISCHE FRAGEN

Durch die Deregulierung der Finanzmärkte bzw. den Abbau staatlicher Vorschriften, die die Arbeitsweise von Banken und anderen Finanzinstitutionen kontrollieren, sind diese Institutionen in der Lage, sich weltweit an spekulativen Aktivitäten mit Boom-Bust-Zyklen zu beteiligen, wie sie der globalen Finanzkrise 2008 zugrunde lagen. Diese Zunahme unregulierter Finanzströme (spekulative Mittel) trägt zur finanziellen Instabilität bei und macht die Länder noch anfälliger für externe Finanzschocks. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie ist der beispiellose Abfluss von Finanzkapital aus den Entwicklungsländern – zu Beginn der Krise zogen ausländische Investoren 100 Mrd. US-Dollar ab – eine weitere Bestätigung dieser Tendenz.

### Die Civil Society FfD Group fordert die Mitgliedsstaaten zu folgenden Maßnahmen auf:

- ▶ Bewertung der systemischen Risiken, die von nicht oder nur unzureichend regulierten Instrumenten und Akteuren des Finanzsektors ausgehen
- Einigung auf eine angemessene Regulierung und Beaufsichtigung von Finanzinstituten, Rating-Agenturen und Hedgefonds durch ein UN-Rahmenübereinkommen
- Weltweites Verbot von Leerverkäufen auf allen Märkten und verstärkte Regulierung/Überwachung des Hochfrequenzhandels
- Globale Einigung über die Bedeutung der Kapitalbilanzverwaltung, um Kapitalflucht zu verhindern, spekulativen Handel zu begrenzen und sowohl Kurseinbußen als auch den Preisverfall von Vermögenswerten einzudämmen
- Eine neue Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) in Höhe von 3 Bio. US-Dollar – da die Zuweisung von 650 Mrd. Dollar an SZR im Jahr 2021 kaum die [Schuldendienstzahlungen](#) deckt.
- Sicherung eines finanzpolitischen Spielraums und Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, um die Ausweitung der Sozialschutzsysteme zu gewährleisten und eine universelle Versorgung durch einen sozialen Grundschutz im Einklang mit den ILO-Normen zu bieten.

## PRIVATE FINANZIERUNG

Es ist besorgniserregend, welche zentrale Rolle die private Finanzierung im FfD-Prozess gespielt hat. Die Geberländer haben sich für eine Agenda eingesetzt, die sich stark auf den Einsatz öffentlicher Gelder, darunter ODA sowie öffentliche Institutionen wie multilaterale Entwicklungsbanken stützt, um private Finanzmittel zu mobilisieren. Die Katalysatorwirkung umfangreicher privater Investitionen könnte jedoch die politischen Zielsetzungen untergraben, die auf eine nachhaltige Entwicklung im globalen Süden abzielen, und gleichzeitig die Rolle und Fähigkeit des Staates unterminieren, öffentliche Dienstleistungen bereitzustellen, die für die Wahrung der Menschenrechte, der Entwicklung und der Klimaresistenz unerlässlich sind, und die Länder anfälliger für Schuldenkrisen machen. Diese Agenda hat auch umfangreiche Auswirkungen darauf, wie wir die Rolle des Staates definieren. Meist definiert sich der Staat eher durch seine Fähigkeit, unternehmensfreundliche Regelungen zu schaffen und private Gewinne zu ermöglichen, indem er die Risiken trägt, die private Investoren nicht zu übernehmen bereit sind, als durch seine Fähigkeit, die Verwirklichung der Menschenrechte zu gewährleisten. Darüber hinaus wird deutlich, dass dies Auswirkungen auf die demokratische Rechenschaftspflicht hat, da private Akteure in erster Linie ihren Aktionären und nicht den Bürgern Rechenschaft schulden. In Anbetracht all dessen ist es wichtig, über die private Finanzierung und die Rolle des Staates aus entwicklungspolitischer Sicht nachzudenken.

Die Auswirkungen des privaten Finanzwesens auf nachhaltige Entwicklung sind nach wie vor schwach belegt, und in einigen Sparten – z. B. bei der Privatisierung und Vermarktung von Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung und anderen wichtigen Dienstleistungen – gibt es erhebliche Hinweise auf nachteilige Auswirkungen hinsichtlich Ungleichheit und Ausgrenzung. Auch privatwirtschaftliche Unternehmen kommen zunehmend in den Genuss von Fördermitteln für Entwicklungshilfe, ohne dass eine angemessene Kosten-Nutzen-Analyse durchgeführt wird. Tatsächlich sind ganz neue Finanzierungsinstrumente für die Entwicklungszusammenarbeit entstanden, darunter gemischte und fremdfinanzierte Finanzierungen, unter intensiver Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP). Es gibt jedoch keine Belege dafür, dass diese tatsächlich zu positiven wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ergebnissen führen.

### Die Civil Society FfD Group schlägt daher Folgendes vor:

#### ► Überprüfung der Beiträge von öffentlich-privaten Partnerschaften und des „Private Finance First“-Konzepts zu nachhaltiger Entwicklung

- Wir lehnen den Ansatz der Weltbankgruppe „Maximizing Finance for Development“ (MFD) ab, denn er beinhaltet unzulängliche Modelle der Entwicklungsfinanzierung nach dem „Private Finance First“-Prinzip und die eher unrealistische Annahme, dass private Mittel die Finanzierungslücken schließen werden. Während Geber und Finanzinstitutionen auf milliardenschwere Finanzierungsmechanismen und Blended Finance setzen, deren Entwicklungseffekt nicht erwiesen ist, sieht die Realität so aus, dass sie ihren eigenen Verpflichtungen nicht gerecht werden und stattdessen Rückschritte machen.
- Deshalb muss die zentrale Bedeutung von öffentlichen Maßnahmen und Investitionen hervorgehoben werden. Wir fordern die Regierungen auf, ein Moratorium für die Finanzierung, Förderung und technische Bewertung von PPPs und „Private Finance First“-Konzepten zu verhängen, bis eine unabhängige Überprüfung ihrer Entwicklungseffekte abgeschlossen ist.

## INTERNATIONALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) sind für die Entwicklungsfinanzierung nach wie vor entscheidend. Die Erfüllung der vor mehr als vier Jahrzehnten eingegangenen Verpflichtung, ein Ziel von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Bereitstellung von ODA zu erreichen, bleibt der Eckpfeiler des Erfolgs. Die ODA sank von 153 Mrd. US-Dollar im Jahr 2017 auf 149,3 Mrd. US-Dollar im Jahr 2018, was einem Rückgang von 2,7 % entspricht. Die ODA für Afrika ging um 4 % zurück. Der Anteil von ODA aller DAC-Geber am BNE liegt bei 0,31 % und damit deutlich unter dem UN-Ziel von 0,7 %. Im Kontext der Coronakrise sind die ODA-Zahlen weiter rückläufig. Dieser eklatante Mangel an Ehrgeiz auf Seiten der Geber geht einher mit der allzu optimistischen und eher unrealistischen Annahme, dass private Finanzmittel die Finanzierungslücken zur Verwirklichung der SDGs und Zielsetzungen schließen werden. Heute ist es wichtiger denn je, dass die seit langem eingegangenen Verpflichtungen zur Bereitstellung internationaler Entwicklungszusammenarbeit, einschließlich der Gewährleistung von Qualität und Wirksamkeit, erfüllt werden.

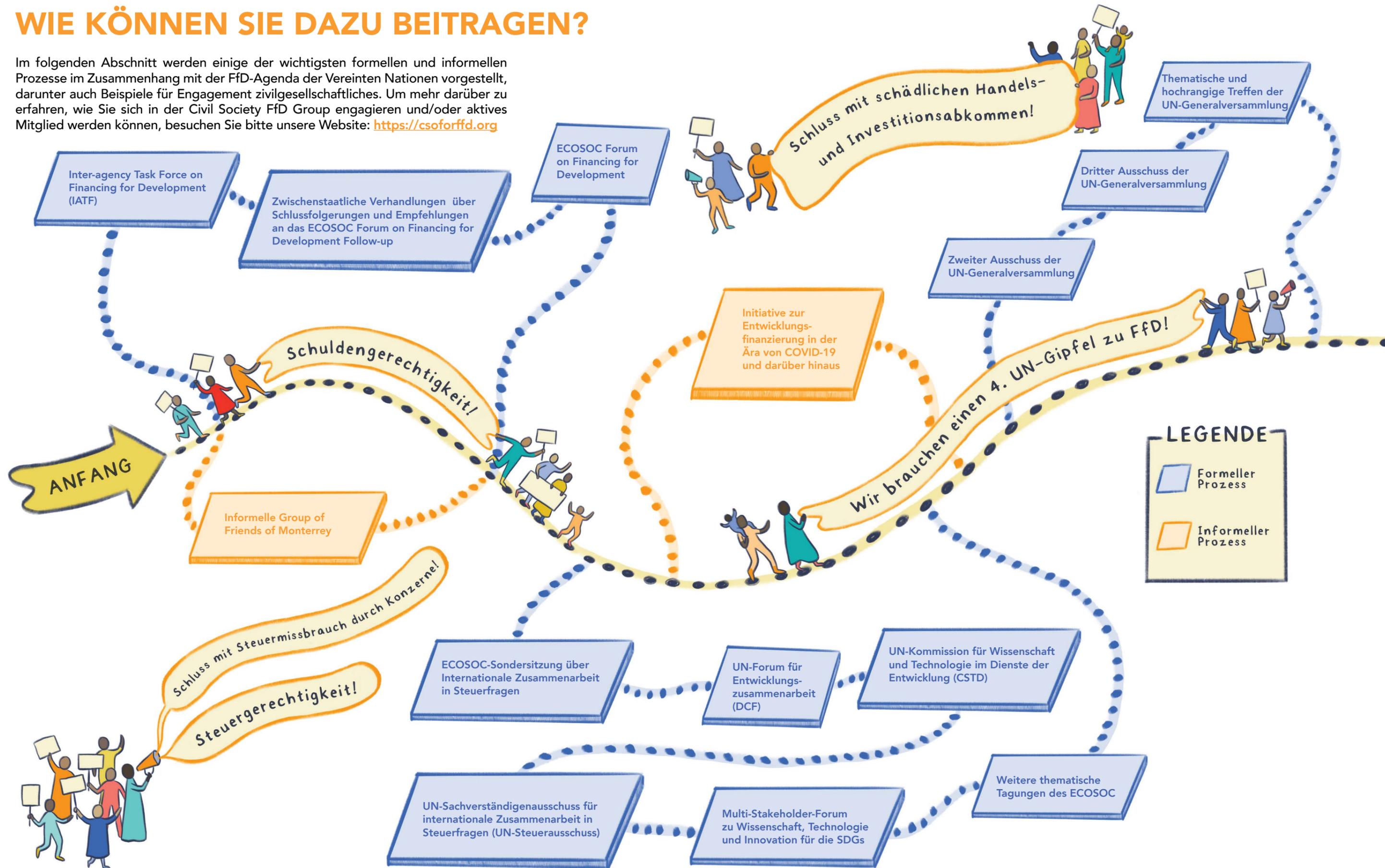
### Daher schlägt die Civil Society FfD Group Folgendes vor:

#### ► Überprüfung des ODA-Rahmens

- Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung sollten der lokalen Eigenverantwortung für Entwicklungsprozesse entsprechen, wobei alle relevanten Stakeholder, einschließlich örtlicher Gemeinschaften und zivilgesellschaftlicher Organisationen, aktiv einbezogen werden können. Wir fordern die Geber außerdem auf, die Integrität und Wirksamkeit von ODA zu sichern.
- Die DAC-Mitglieder sind aufgerufen, den Rückgang des ODA-Anteils am BNE unverzüglich umzukehren und das 0,7%-Ziel für ODA in Form von bedingungslosen Zuschüssen und technischer Unterstützung zu erreichen und nach Möglichkeit zu übertreffen.
- Alle Geber werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit nicht umgelenkt, sondern humanitäre Maßnahmen angesichts der Krise ausgeweitet werden, und dafür zu sorgen, dass die Soforthilfe ohne Konditionalitäten auf die Prioritäten der Entwicklungsländer abgestimmt wird.

# WIE KÖNNEN SIE DAZU BEITRAGEN?

Im folgenden Abschnitt werden einige der wichtigsten formellen und informellen Prozesse im Zusammenhang mit der FfD-Agenda der Vereinten Nationen vorgestellt, darunter auch Beispiele für Engagement zivilgesellschaftliches. Um mehr darüber zu erfahren, wie Sie sich in der Civil Society FfD Group engagieren und/oder aktives Mitglied werden können, besuchen Sie bitte unsere Website: <https://csoforffd.org>



# POLITISCHE PROZESSE, GREMIEN UND ANLAUFSTELLEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT

## Jährlicher Folgeprozess der Entwicklungsfinanzierung

INTERINSTITUTIONELLE TASK FORCE FÜR ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG:	ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT
<p>Unter Ziffer 133 des Aktionsplans von Addis Abeba wurde der Generalsekretär beauftragt, eine interinstitutionelle Task Force (Inter-Agency Task Force, IATF) einzuberufen, die jährlich über die Fortschritte bei der Umsetzung der Beschlüsse zur Entwicklungsfinanzierung und die Mittel zur Umsetzung der Entwicklungsagenda ab 2015 Bericht erstattet und den zwischenstaatlichen Folgeprozess über Fortschritte, Umsetzungslücken und Empfehlungen für Korrekturmaßnahmen berät. Dabei werden auch nationale und regionale Dimensionen berücksichtigt. Die Task Force <a href="#">besteht</a> aus über 60 Unterorganisationen, Programmen und Büros der Vereinten Nationen, regionalen Wirtschaftskommissionen und anderen relevanten internationalen Institutionen.</p>	<p>Die Civil Society FfD Group koordiniert eine kollektive zivilgesellschaftliche <a href="#">Antwort</a> auf den jährlichen IATF-Bericht. Darüber hinaus werden informelle Treffen mit den IATF-Mitgliedern organisiert, um die Beiträge der Zivilgesellschaft während des Entwurfsprozesses auszutauschen.</p>
<p><b>ZWISCHENSTAATLICHE VERHANDLUNGEN ÜBER SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN AN DAS ECOSOC FORUM ON FINANCING FOR DEVELOPMENT FOLLOW-UP:</b></p>	
<p>Jedes Jahr werden zwei Ko-Fazilitatoren ernannt, die den Entwurf der Schlussfolgerungen und Empfehlungen ausarbeiten und die Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten leiten, um eine zwischenstaatliche Einigung zu erzielen. Sobald ein Konsens über das Abschlussdokument erreicht ist, wird dieses von den Ko-Fazilitatoren an den Präsidenten des UN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) weitergeleitet. Das vom FfD-Forum verabschiedete Dokument wird in das High Level Political Forum (HLPF) eingebracht.</p>	<p>Die Civil Society FfD Group koordiniert die gemeinsamen Beiträge der Zivilgesellschaft zu verschiedenen Entwürfen des Abschlussdokuments. Diese Beiträge werden an die Ko-Fazilitatoren und die UN-Mitgliedstaaten weitergegeben. Die Beiträge der Civil Society FfD Group zum FfD-Abschlussdokument 2021 können <a href="#">hier</a> abgerufen werden.</p>
<p><b>ECOSOC FORUM ON FINANCING FOR DEVELOPMENT FOLLOW-UP (FFD-FORUM)</b></p>	
<p>Das FfD-Forum wird vom Präsidenten des ECOSOC einberufen, um Fortschritte zu bewerten, Hindernisse und Herausforderungen bei der Umsetzung der Beschlüsse zur Entwicklungsfinanzierung zu identifizieren und Handlungsempfehlungen abzugeben. Obwohl das AAAA-Mandat hierfür eine Dauer von „bis zu 5 Tagen“ vorsieht, haben bisherige FfD-Foren 4 Tage nicht überschritten.</p> <p>Die viertägige Veranstaltung gliedert sich in der Regel in zwei große Abschnitte: den ministeriellen und den fachlichen Teil. Der ministerielle Teil findet an den ersten beiden Tagen statt und umfasst hochrangige Runde Tische auf Ministeriebene für den Austausch zu innerstaatlichen politischen und institutionellen Entwicklungen. Der fachliche Teil findet an den letzten beiden Tagen statt und konzentriert sich auf alle sieben Aktionsbereiche der AAAA.</p>	<p>Die Civil Society FfD Group koordiniert die Teilnahme der Zivilgesellschaft am FfD-Forum, einschließlich gemeinsamer Erklärungen zu den verschiedenen thematischen Fragen, sowie die Organisation von Side-Events. Die Beiträge zum FfD-Forum 2021 sind <a href="#">hier</a> abrufbar. Die Beiträge zu früheren FfD-Foren können <a href="#">hier</a> abgerufen werden. Eine Zusammenfassung und Aufzeichnungen von <a href="#">Nebenveranstaltungen</a>, die von der Civil Society FfD Group während des FfD-Forems 2021 organisiert wurden, steht hier zur Verfügung.</p>

## Thematische Tagungen des ECOSOC

ECOSOC-SONDERSITZUNG ÜBER „INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IN STEUERFRAGEN“	ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT
<p>Diese jährliche Sondersitzung des ECOSOC bietet Regierungen die Möglichkeit, aktuelle Fragen zur internationalen Steuerpolitik zu erörtern.</p> <p>In Ermangelung eines universellen, zwischenstaatlichen Verhandlungsprozesses zum Thema Steuern bei den Vereinten Nationen soll diese eintägige Sitzung die Wirksamkeit von zwischenstaatlichen politischen Leitlinien der Vereinten Nationen in Steuerfragen verstärken.</p>	<p>Die Sitzung steht Zivilgesellschaft zur Teilnahme offen und wird im Internet übertragen. Die Civil Society FfD Group koordiniert die gemeinsamen Beiträge zur Sitzung, einschließlich Stellungnahmen aus dem Publikum während der Sitzung. Die Beiträge zur ECOSOC-Tagung 2021 zu Steuerfragen sind <a href="#">hier</a> abrufbar.</p>
<p><b>SACHVERSTÄNDIGENAUSSCHUSS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IN STEUERFRAGEN (UN-STEUERAUSSCHUSS)</b></p>	
<p>Der UN-Steuerausschuss ist ein Nebenorgan des ECOSOC und besteht aus 25 Mitgliedern, die von den Regierungen ernannt werden, aber in ihrer persönlichen Kapazität handeln. Die Mitglieder werden vom UN-Generalsekretär für eine Amtszeit von vier Jahren ernannt.</p> <p>Der Ausschuss tritt zweimal pro Jahr zusammen, einmal im Frühjahr in New York und einmal im Herbst in Genf.</p>	<p>Zivilgesellschaft kann an dem Treffen als „Beobachterin“ teilnehmen und Beiträge zu den Diskussionen liefern. Allerdings schreibt die <a href="#">Arbeitsweise</a> des Ausschusses Beschränkungen der Live-Berichterstattung fest, nicht zuletzt in den sozialen Medien. Darüber hinaus hat jeder Bericht über die Arbeit des Ausschusses die Identität der Redner zu schützen.</p> <p>Die Beiträge der Civil Society FfD Group zur 20. Sitzung des UN-Steuerausschusses können <a href="#">hier</a> abgerufen werden.</p>
<p><b>UN-FORUM FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (DCF)</b></p>	
<p>Das DCF ist ein Multi-Stakeholder-Forum innerhalb der Vereinten Nationen, das Trends und Fortschritte bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit diskutiert und politische Empfehlungen ausarbeitet. Das Forum für Entwicklungszusammenarbeit wurde im Jahr 2007 ins Leben gerufen. Im Beschluss des Weltgipfels von 2005 einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, im Rahmen des ECOSOC das Development Cooperation Forum (DCF) einzurichten, um den erheblichen Veränderungen in der Entwicklungszusammenarbeit und der wachsenden Zahl der beteiligten Akteure Rechnung zu tragen.</p> <p>Das DCF tagt alle zwei Jahre, sein Sekretariat ist bei der UNDESA angesiedelt. Die wichtigsten Erkenntnisse des DCF werden in einer vom Präsidenten des ECOSOC erstellten offiziellen Zusammenfassung festgehalten.</p>	<p>Das DCF war zunächst nicht organisch mit dem FfD-Prozess verbunden. Eine kürzliche Umstrukturierung brachte es in den Rahmen des UNDESA FfD-Büros und der jüngsten ECOSOC-Reform (2021) ein und sieht eine Tagung alle zwei Jahre im Vorfeld des FfD-Forems vor. Während das zivilgesellschaftliche Engagement in der Vergangenheit durch Ad-hoc-Mechanismen gesteuert wurde, unterliegt es nun der Koordination durch die Civil Society FfD Group.</p>

## MULTI-STAKEHOLDER-FORUM ZU WISSENSCHAFT, TECHNOLOGIE UND INNOVATION FÜR DIE SDGS (STI-FORUM)

Mit dem Aktionsplan von Addis Abeba wurde der Technology Facilitation Mechanism (TFM) eingerichtet, um die Umsetzung der SDGs zu unterstützen. Der TFM besteht aus vier Bausteinen:

- 1 **IATI**: Eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Wissenschaft, Technologie und Innovation im Bereich der SDGs
- 2 **10-Member Group**: Gruppe hochrangiger, vom Generalsekretär ernannter Vertreter der Wissenschaft, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft
- 3 **STI Forum**: Jährliches Multi-Stakeholder-Forum zu Wissenschaft, Technologie und Innovation für die SDGs
- 4 **2030 Connect**: Eine Online-Plattform als Portal für den Informationsaustausch über bestehende STI-Initiativen, Mechanismen und Programme

Das jährlich stattfindende STI-Forum ist ein Treffpunkt für verschiedene Interessengruppen, um die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation (STI) zu erörtern, die für die Umsetzung der SDGs relevant sind.

Der Präsident des ECOSOC ernennt zwei Ko-Vorsitzende für das Forum, die eine Zusammenfassung der Debatten des Forums erstellen. Diese wird anschließend vom Präsidenten des ECOSOC an das HLPF weitergeleitet.

## UN-KOMMISSION FÜR WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE IM DIENSTE DER ENTWICKLUNG (CSTD)

Die CSTD ist ein Nebenorgan des ECOSOC. Sie veranstaltet jährlich ein zwischenstaatliches Forum zur Erörterung von Fragen im Zusammenhang mit Wissenschaft, Technologie und Entwicklung. Der Kommission gehören dreißig Mitgliedstaaten an, die vom ECOSOC für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt werden.

Zu den Ergebnissen der CSTD zählt die Beratung der Generalversammlung der Vereinten Nationen und des ECOSOC auf hoher Ebene zu relevanten wissenschaftlichen und technologischen Fragen. Das Sekretariat der Kommission ist bei der UNCTAD angesiedelt.

## WEITERE THEMATISCHE TAGUNGEN DES ECOSOC

Zusätzlich zu den vorgeschriebenen Sitzungen veranstalten der Präsident und das Büro des ECOSOC jedes Jahr eine Reihe von speziellen thematischen Tagungen oder Initiativen. So riefen beispielsweise der Präsident des ECOSOC und der Präsident der Generalversammlung im Jahr 2020 ein hochrangiges Gremium für internationale finanzielle Rechenschaftspflicht, Transparenz und Integrität zur Verwirklichung der Agenda 2030 (bekannt als **FACTI-Gremium**) ins Leben, das Empfehlungen zur Stärkung der derzeitigen Bemühungen zur Bekämpfung illegaler Finanzströme und zur Schließung der verbleibenden Lücken im internationalen System abgeben soll.

Auf dem STI-Forum 2021 organisierten die Civil Society FfD Group und ihre Mitglieder eine Nebenveranstaltung zum Thema „Wird die multilaterale Steuerung digitaler Technologien die digitale Kluft überbrücken?“. Einzelheiten zu der Nebenveranstaltung finden Sie [hier](#). Die Diskussionsbeiträge wurden dann an die Ko-Vorsitzenden des Forums weitergeleitet, um in die Zusammenfassung einzufließen.

Die Mitglieder der Civil Society FfD Group sind an den Fachgesprächen der CSTD beteiligt. Vom ECOSOC akkreditierte Organisationen können an den Sitzungen der CSTD teilnehmen und diese verfolgen.

Die Civil Society FfD Group beteiligt sich an allen relevanten thematischen Tagungen oder Initiativen im Zusammenhang mit FfD. Ihre Beiträge zum FACTI-Gremium, das vom Präsidenten des ECOSOC und vom Präsidenten der Generalversammlung ins Leben gerufen wurde, sind hier zu finden: <https://csoforffd.org/tag/facti/>



## UN-Generalversammlung

### ZWEITER AUSSCHUSS DER GENERALVERSAMMLUNG

Der Zweite Ausschuss ist einer von sechs Hauptausschüssen der Generalversammlung. Er befasst sich mit Fragen zu Wirtschaft, Finanzen und Entwicklung im weiteren Sinne.

Der Ausschuss behandelt Fragen der Wirtschaftspolitik (einschließlich Entschleunigungen zu Handel, Verschuldung, illegalen Finanzströmen und Investitionen), der Entwicklungsfinanzierung, der nachhaltigen Entwicklung, der Globalisierung und Interdependenz, der Armutsbekämpfung, der entwicklungsfördernden Wirkung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), der Lebensräume, der Ländergruppen mit besonderen Situationen, der landwirtschaftlichen Entwicklung, der Nahrungssicherung und Ernährung sowie der Souveränität des palästinensischen Volkes über ihre natürlichen Ressourcen.

Die meisten Resolutionen werden von der G77 und China eingebracht und generell einvernehmlich angenommen. Resolutionen können auch durch Mehrheitsbeschluss angenommen werden, wobei jeder Mitgliedstaat eine Stimme hat.

### ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Die Plenarsitzungen des Ausschusses stehen Zivilgesellschaft offen, die jedoch keine Beiträge oder Stellungnahmen aus dem Plenum abgeben kann.

Die Civil Society FfD Group verfolgt die Entscheidungen und Verhandlungen des Zweiten Ausschusses aufmerksam, da die verhandelten Themen im Bereich der globalen Wirtschaft und Finanzen sehr breit gefächert sind.

## DRITTER AUSSCHUSS DER GENERALVERSAMMLUNG

Die Generalversammlung weist dem Dritten Ausschuss Tagesordnungspunkte zu, die sich auf eine Reihe von sozialen, humanitären und menschenrechtlichen Fragen beziehen und Menschen weltweit betreffen. Ein wichtiger Teil der Arbeit des Ausschusses konzentriert sich auf die Prüfung von Menschenrechtsfragen, einschließlich der Berichte der Sonderverfahren des 2006 gegründeten Menschenrechtsrates. Der Ausschuss hört die Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen (UNSR), die unabhängigen Experten und die Vorsitzenden der vom Menschenrechtsrat beauftragten Arbeitsgruppen an und tauscht sich mit ihnen aus. Diese Berichte der UN-Sonderberichterstatter haben sich auch mit kritischen globalen Wirtschaftsfragen unter dem Aspekt der Menschenrechte befasst.

Einige Beispiele für diese Berichte sind:

- \* **UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte:** Im Jahr 2014 legte der UNSR einen [Bericht](#) vor, in dem die Finanzpolitik, insbesondere die Besteuerung, als wichtiger Faktor für die Verwirklichung der Menschenrechte definiert wird. 2018 präsentierte der UNSR einen wichtigen [Bericht](#), der auf die menschenrechtlichen Auswirkungen der weit verbreiteten Privatisierungstendenzen hinwies.
- \* **UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Entwicklung:** Der thematische [Bericht](#) 2020 untersuchte die internationalen Dimensionen der Maßnahmen und Praktiken der Entwicklungsfinanzierung unter dem Blickwinkel des Rechts auf Entwicklung.
- \* **Unabhängiger Sachverständiger der Vereinten Nationen für Auslandsverschuldung und Menschenrechte:** 2019 legte der unabhängige Sachverständige einen [Bericht](#) vor, in dem die Verantwortung der internationalen Finanzinstitutionen für die Mitschuld an Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit rückschrittlichen Wirtschaftsreformen dargelegt wird. Im Jahr 2020 wurden in einem Bericht über private Verschuldung und Menschenrechte die Deregulierung des Finanzsektors und der Finanzkapitalismus als Hauptursachen für private Verschuldung beschrieben. Der [Bericht](#) 2021 des unabhängigen Sachverständigen untersucht die inhärenten strukturellen Probleme von Rating-Agenturen.

Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Delegierten des Zweiten und des Dritten Ausschusses ist erforderlich, um eine größere Wirkung dieser Berichte und Erkenntnisse zu Wirtschaftsfragen unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte zu gewährleisten.

## THEMATISCHE UND HOCHRANGIGE TREFFEN DER UN-GENERALVERSAMMLUNG

Der Präsident der Generalversammlung organisiert außerdem jedes Jahr spezielle thematische oder hochrangige Sitzungen. So wird beispielsweise alle vier Jahre ein „Hochrangiger Dialog zur Entwicklungsfinanzierung“ organisiert. Die Aktionsagenda von Addis Abeba (AAAA) sieht vor, dass der „Hochrangige Dialog über Entwicklungsfinanzierung der Generalversammlung alle vier Jahre im Anschluss an das Hochrangige politische Forum auf Gipfebene stattfindet“ (Abs. 132, AAAA). Der erste Hochrangige Dialog seit dem Beschluss des AAAA fand am 26. September 2019 statt.

Die Civil Society FfD Group nimmt an Konsultationen teil und liefert schriftliche Beiträge, die von den UN-Sonderberichterstattern bei makroökonomischen und Finanzthemen berücksichtigt werden.

Zu den jüngsten Beiträgen gehören:

- \* **Einreichung** der Civil Society FfD Group zum Bericht des unabhängigen UN-Sachverständigen für Auslandsverschuldung und Menschenrechte zum Thema „Schuldenerlass, Prävention von Schuldenkrisen und Menschenrechte: Die Rolle der Rating-Agenturen“.
- \* **Einreichung** der Civil Society FfD Group an den unabhängigen UN-Sachverständigen für Auslandsverschuldung und Menschenrechte zum Thema „Reform der internationalen Schuldenarchitektur und Menschenrechte“.

Die Erklärung der Civil Society FfD Group zum Hochrangigen Dialog 2019 kann hier abgerufen werden: <https://csoforffd.org/2019/09/25/high-level-dialogue-on-ffd-2019-cso-ffd-declaration/>

## Informelle FfD-Initiativen und Beteiligung an anderen institutionellen FfD-Prozessen

### „GROUP OF FRIENDS OF MONTERREY“

Die „Group of Friends of Monterrey“ ist ein informeller Rahmen für den Dialog über FfD-Themen, der im Jahr 2002 gegründet wurde. Jedes Jahr findet vor den FfD-Verhandlungen eine Klausurtagung statt, die von Mexiko ausgerichtet wird. Dabei kommen die Mitgliedstaaten, der Präsident des ECOSOC, das FfD-Büro des UNDESA, Zivilgesellschaft und Wissenschaft in einem informellen Rahmen zusammen, um Meinungen und Ideen zum FfD-Prozess und zu inhaltlichen Fragen auszutauschen.

### INITIATIVE ZUR ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG IN DER ÄRA VON COVID-19 UND DARÜBER HINAUS (FFDI)

Am 28. Mai 2020 riefen die Premierminister Kanadas und Jamaikas und der UN-Generalsekretär die Financing for Development in the Era of COVID-19 and Beyond Initiative (FFDI) ins Leben gerufen, um konkrete Finanzierungslösungen für den Gesundheits- und Entwicklungsnotstand wegen COVID-19 zu ermitteln und voranzutreiben. Im Anschluss an eine [hochrangige Veranstaltung am 28. Mai 2020](#) wurden [sechs Diskussionsgruppen](#) einberufen, die sich mit einem [Menü von Optionen](#) befassen. Weitere Einzelheiten zu dieser Initiative, einschließlich der Diskussionsgruppen und hochrangigen Treffen, sind hier zu finden: <https://www.un.org/en/coronavirus/financing-development>.

### UNCTAD, WELTBANKGRUPPE, IWF, UNDP, WTO-PROZESSE

Die oben genannten Institutionen gelten als institutionelle Akteure im FfD-Prozess, was bedeutet, dass sie eine aktive Rolle bei den FfD-Folgeprozessen spielen. Dazu gehört auch die Mobilisierung ihres Fachwissens zu thematischen Aspekten der AAAA, zum Beispiel durch Beiträge zu den IATF-Berichten, die Organisation von Veranstaltungen während des FfD-Forums oder die Moderation von Diskussionsgruppen.

### ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Die Civil Society FfD Group koordiniert jedes Jahr die Teilnahme einer kleinen Delegation zivilgesellschaftlicher Organisationen an dem Treffen. Die Gespräche werden nach der Chatham-House-Regel geführt und sollen informelle Diskussionen über FfD-Fragen im Vorfeld der Verhandlungen und des FfD-Forums fördern.

Die Civil Society FfD Group beteiligte sich aktiv an dieser Initiative, und alle Beiträge können hier eingesehen werden: <https://csoforffd.org/2020/08/20/submissions-to-hle-ffd-discussion-groups/>

Im Jahr 2021 hat die Initiative ein neues Format erhalten. Die Mitgliedstaaten sind nicht mehr aktiv an den Diskussionsgruppen beteiligt. Diese werden jetzt hauptsächlich von UN-Organisationen und regionalen Kommissionen geleitet, um die Arbeitspläne zu diesen Themen zu koordinieren.

Die Civil Society FfD Group beteiligt sich selektiv an den Prozessen der institutionellen FfD-Akteure, um das FfD-Mandat zu schützen und zu stärken und die Kohärenz unserer systemischen Forderungen in diesen Bereichen zu wahren.

Die Civil Society FfD Group engagiert sich insbesondere für die [UNCTAD](#) und ihre Mandatsverhandlung für vier Jahre, da die Ministerkonferenz die großen Herausforderungen in den Bereichen Handel, Finanzen, Investitionen und Technologie für Entwicklungsländer angehen und die Umsetzung der Beschlüsse zur [Entwicklungsfinanzierung](#) unterstützen muss.

Weitere Informationen über das System der Vereinten Nationen, die Entscheidungsfindung und die bisherigen Entwicklungen im Bereich der finanziellen Gerechtigkeit bei den UN finden Sie hier: [Advocating for financial justice at the United Nations](#)

# NÄCHSTE SCHRITTE

Als Folge des enttäuschenden Abschlussdokuments des FfD-Forums 2020 fordert die Civil Society FfD Group eine vierte Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Form eines [Internationalen Gipfels zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zu einer Systemreform](#), bei dem die Frage der globalen Wirtschaftsarchitektur mitten auf dem Tisch liegt. Mit Blick auf die UN-Generalversammlung [fordert](#) die Civil Society FfD Group die Einbringung der folgenden Resolutionen während der Tagung 2021 der UN-Generalversammlung:

- \* Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Organisation des nächsten UN-Gipfels zur Entwicklungsfinanzierung im Jahr 2022 oder 2023.
- \* Resolution der UN-Generalversammlung zur Einrichtung einer offenen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe, die auf einen verbindlichen und multilateralen Rahmen für die Prävention und Lösung von Schuldenkrisen hinarbeiten soll.
- \* Resolution der UN-Generalversammlung zur Einrichtung einer universellen, zwischenstaatlichen UN-Steuerkommission und zur Aushandlung einer UN-Steuerkonvention für die umfassende Bekämpfung von Steueroasen, Steuermisbrauch durch multinationale Konzerne und anderen illegalen Finanzströmen.
- \* Resolution der UN-Generalversammlung zur Vereinbarung eines sofortigen Moratoriums für Investoren-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS) und alle Handels- und Investitionsabkommen, die den politischen Spielraum der Regierungen zur Bekämpfung der Pandemie einschränken.



 [@cs\\_ffd](https://twitter.com/cs_ffd) |  [@CSOforFFD](https://www.facebook.com/CSOforFFD)

 [csoforffd.org](https://www.csoforffd.org)

September 2021